

# 15. AKTUELLE STUNDE

## FPÖ-Landtagsklub

Eisenstadt, am 18. Jänner 2024

*An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
LAbg. Robert Hergovich  
im Hause*

### **Aussprache über Themen von allgemeinem aktuellem Interesse gemäß § 31a GeOLT**

Kurz vor dem Jahreswechsel stellte Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das nächste Projekt seines „Verstaatlichungs-Wahns“ vor: Der Burgenländische Müllverband (BMV) soll in die Landesholding eingegliedert werden. Der als Entlastungspaket verkaufte Deal soll im Gegenzug eine Ausweitung der Personalförderung im Kindergartenbereich bringen, weil viele Gemeinden aufgrund des von der SPÖ durchgeboxten „Mindestlohns“ und der aufgrund der Politik der Bundesregierung massiv gestiegenen Energie- und Treibstoffpreise überschuldet sind.

Der BMV wurde 1980 als Gemeindeverband gegründet, vertritt seither alle 171 Gemeinden des Landes und sorgt mit der Tochterfirma Umweltdienst Burgenland (UDB) für eine verlässliche Abholung und Abwicklung. In die Gespräche mit den Gemeindevertretern war weder der BMV direkt eingebunden noch hat es mit den Parteien der Opposition Verhandlungen gegeben. Im Landtag braucht es jedoch eine Zweidrittel-Mehrheit zur Umsetzung der Eingliederung.

Die Gründung von Gemeindeverbänden, insbesondere des BMV, war eine große Errungenschaft. Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil möchte nun offenbar die ÖVP und deren Bürgermeister vereinnahmen. Bei der höheren Kostenübernahme vom Kindergartenpersonal handelt es sich aber um ein windschiefes Geschäft: Um jährlich EUR 40 Mio. zur Abdeckung der Personalkosten in den Kindergärten zu bekommen, müssen die Gemeinden im Gegenzug den BMV inklusive UDB mit seinen rund EUR 100 Mio. Rücklagen an das Land übertragen.

Darüber hinaus bekommt das Burgenland über den neuen Finanzausgleich ohnehin mehr als EUR 16,5 Mio. jährlich an zweckgebundenen Mittel für den Bereich der Elementarpädagogik in Form des Zukunftsfonds. Dabei hat Bundeskanzler Nehammer angekündigt, die Länder bei den Personalkosten der Pädagogen und

Pädagoginnen zusätzlich zu unterstützen. (siehe <https://kurier.at/politik/inland/oevp-gruene-regierung-kinderbetreuung-zukunftsfonds-finanzausgleich/402688165>)

Der Mehrwert der Eingliederung des BMV in die Landesholding steht somit in keiner Relation zum Aufwand. Selbst im Optimalfall ist spätestens nach 5 Jahren damit zu rechnen, dass dem Land wesentliche Mehrkosten entstehen. Damit einhergehen würde natürlich eine absehbare und spürbare Erhöhung der Müllgebühren zu Lasten der Bevölkerung – wie schon bei den Strom- und Gaspreisen.

Die burgenländischen Gemeinden brauchen vielmehr ein „Gemeinde-Zuschuss-Gesetz“, bei welchem die Landesumlage alle 3 Jahre an die Gemeinden unter bestimmten Faktoren ausbezahlt wird. Dies würde die finanzielle Willkür des Landeshauptmannes bei Bedarfszuweisungen einschränken und den Gemeinden Planungssicherheit geben. „Finger weg“ heißt es dagegen von der Gemeindeautonomie und von Gebührenerhöhungen!

Um dieses Thema von allgemeinem Interesse breit und öffentlich diskutieren zu können, wird der

### **Antrag**

**auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema:**

**„Tricksen, Täuschen, Tarnen – Landeshauptmann Doskozil holt sich den Burgenländischen Müllverband“**

in der am 25. Jänner 2024 stattfindenden Landtagssitzung gestellt.

*Es wird ersucht, dem Landtagsabgeordneten Markus Wiesler das Wort als Erstredner zu erteilen.*

  
**Johann Tschürtz**  
KO LAbg.

  
**MMag. Alexander Petschnig**  
LAbg.

  
**Markus Wiesler**  
LAbg.